



# Betreuung und Schule für junge Flüchtlinge

## Städte- und Gemeindebund NRW sieht dringenden Handlungsbedarf bei Versorgung mit Lehrkräften und Schulbauten

Viel muss getan werden, damit Land und Kommunen ihren gesetzlichen Auftrag zur Beschulung von Kindern der Asylsuchenden erfüllen können. "Mittlerweile hat das NRW-Schulministerium Berechnungen bestätigt, wonach allein in diesem Jahr mindestens 40.000 Kinder zusätzlich Schulunterricht erhalten müssen", erklärte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, **Dr. Bernd Jürgen Schneider**, heute in Düsseldorf. Diese Zahlen seien auch für das kommende Jahr zu erwarten.

Schneider wies darauf hin, dass es nicht nur um eine Anpassung an höhere Schülerzahlen gehe, sondern dass die betroffenen Kinder einer deutlich überdurchschnittlichen Betreuung und Förderung bedürften. "Die Kinder und Jugendlichen bringen höchst unterschiedliche Voraussetzungen mit, was einen geregelten Schulbesuch erschwert", legte Schneider dar. Zum Teil seien die Kinder durch Kriegs- und Gewalterfahrung sowie durch die belastenden Umstände der Flucht traumatisiert.

Es gibt Kinder im Alter von acht oder neun Jahren, die noch nie eine Schule besucht haben, weil sie die zurückliegenden Jahre in Auffanglagern im Libanon oder in der Türkei verbracht haben. Die Jugendlichen können in der Regel weder Deutsch noch Englisch, sodass eine Verständigung schwer fällt. Generell finden sie sich schwer zurecht, weil sie weder mit der Umgebung noch mit den gesellschaftlichen Konventionen in Deutschland vertraut sind.

Die größten Probleme liegen in fehlenden Deutschkenntnissen und einem nicht ausreichenden Angebot an qualifiziertem Deutschunterricht. Mancherorts - so Schneider - könnten an den Schulen wegen fehlender oder nicht besetzter Lehrer/innenstellen keine Auffangklassen gebildet werden. Zudem fehle es an Klassenräumen oder Differenzierungsräumen sowie an Plätzen in der Offenen Ganztagschule. Schließlich mangle es auch an passendem Unterrichtsmaterial.

"Entscheidend für eine reibungslose Integration und einen raschen Wechsel in eine Regelklasse ist, dass die Kinder so schnell wie möglich Deutsch lernen", machte Schneider deutlich. In der Schule brauche es dafür qualifizierte Deutschlehrer und -lehrerinnen. Für Angebote außerhalb der Schule hätten etwa die kommunalen Volkshochschulen gezeigt, dass sie auf diesem Gebiet exzellente Leistungen erbringen. Deshalb sei es dringend erforderlich, die Mittel für Sprachkurse an Volkshochschulen deutlich aufzustocken und diese Kurse für jüngere Teilnehmende zu öffnen.

Zudem müssten die erforderlichen Unterrichtsräume durch Erweiterung vorhandener Gebäude oder durch Neubau von Schulen geschaffen werden. Notwendig sei auch ein Förderprogramm nach dem Vorbild des erfolgreichen Programms "Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB)". Mit diesem hatte der Bund von 2003 bis 2007 den Ausbau bestehender wie auch die Schaffung neuer Ganztagschulen unterstützt.

Schneider machte deutlich, dass bei der Gewinnung geeigneter Lehrkräfte sämtliche denkbaren Wege ausgeschöpft werden müssten. Die ordentlichen Besetzungsverfahren müssen mit Nachdruck vorangetrieben und zügig abgeschlossen werden. Für die Verwendung qualifizierter Seiteneinsteiger/innen im Schuldienst seien formale Hürden abzubauen - etwa Altersgrenzen oder bei Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen. Auch pensionierten Lehrkräften sollten attraktive Angebote zum befristeten Wiedereinstieg in den Schuldienst unterbreitet werden.

Der Blick - so Schneider - müsse sich auch auf andere Bundesländer sowie die westlichen Nachbarstaaten Belgien und die Niederlande richten. Zudem könne man Studierende in der Lehrerbildung rascher in den regulären Schulbetrieb integrieren. Nicht zuletzt könnten ehrenamtlich Tätige mit pädagogischem Geschick helfen, den Mangel an Lehrkräften zu beheben. "Hierbei können die Kommunen durch entsprechende Aufrufe mitwirken", erläuterte Schneider.

Da die Ressourcen der Volkshochschulen für den Bedarf an Sprachunterricht allein nicht reichten, müssten auch hier neue und flexible Lösungen gefunden werden. Dazu gehöre die gezielte Anwerbung von Personen, die in der Lage seien, Sprachkenntnisse zu vermitteln - etwa ehrenamtliche Kräfte aus der Bevölkerung oder Studierende, welche die deutsche Sprache wie auch die Muttersprache von Flüchtlingen beherrschen.

Aus kommunaler Sicht müsse dringend auch das Potenzial gehoben werden, das mit den Asyl suchenden Menschen ins Land gekommen sei. "Wir müssen fragen: Welche Flüchtlinge haben welche Sprachkenntnisse? Wer war im Herkunftsland eventuell Lehrer/in oder verfügt über eine pädagogische Ausbildung?", erklärte Schneider. Über dieses "Humankapital" müsse sich der Staat schnellstmöglich einen Überblick verschaffen - am besten bereits bei der Registrierung der Flüchtlinge.